

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 1

Artikel: Ein Buch über schweizerische Politik
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Buch über schweizerische Politik.

Von *Ernst Nobs*.

Man nimmt ein paar Dutzend leere Bally-Schuhschachteln. Sie tun den Dienst so gut wie ein Zettelkasten, genannt Kartothek. Kaufe dir einige Bände Aussprüche berühmter Männer dazu. Mache Auszüge aus den dreißig letzten Jahrgängen des Stenographischen Bulletins der Bundesversammlung. Leihe dir eine neuere Schweizergeschichte und sammle unermüdlich Zeitungsausschnitte. So hast du zuletzt einige tausend vollgekritzelte Papierschnitzel, und der Rohstoff für ein Werk über schweizerische Politik ist beisammen. Kaufe Kleister und klebe die Ausschnitte auf sauberes Schreibpapier. Die Uebergänge von einem Zitat zum andern findest du schon selber. Dein Buch ist fertig. Vergiß nicht, es drucken zu lassen.

An dieses Rezept mahnte mich das im Verlag *Arnold Bopp & Co.* erschienene, 300 Seiten starke Buch «*Die schweizerische Politik*» von *Karl Horber* in seinen einleitenden Kapiteln. Eine verwirrende Zitätenmosaik, aus der sich zunächst vor lauter vielfarbig schillernden Steinchen keine Uebersicht und kein richtungbestimmender Gedanke erkennen läßt. Es sind zu viele kleinliche Gehässigkeiten, zu viele Einzelheiten, Beweise der Einsichtslosigkeit und Naivität, darunter. Und darum auch zu viele Widersprüche. Eine Sucht nach krassen Formulierungen, die manchmal freilich den Nagel auf den Kopf treffen, öfter aber auch keine Rechtfertigung in den Tatsachen finden. Es war zu viel Pessimismus am Werke. Die Kritik bleibt öfter an Nichtigkeiten hängen und übersieht dabei das wirklich Bedeutsame. Besonders hat es *Karl Horber* der «Parlamentarismus» angetan. Und doch ist er kein Antiparlamentarier und kein Antidemokrat. Er möchte ein aus Einerwahlkreisen gewähltes Parlament, um zur «Wahl der Tüchtigsten» zu gelangen. Diesen Tüchtigsten will er im Ratssaal aber nur Konzertbestuhlung gönnen, damit sie nicht in Versuchung kommen, während der Verhandlungen zu schreiben oder zu lesen! Wie eine Schulklasse vor dem Herrn Lehrer sollen die Volkserwählten in straffer Disziplin dasitzen und die Hand hochhalten und fragen, wenn einer aus überzeugenden Gründen vom Platze muß. Der gute Mann vergißt ganz, daß heute sogar der letzte Arbeiterdelegierte für einen Gewerkschaftskongreß und der letzte Handwerksmann an einem Schuhmachermeister- oder Schneidermeister-Verbandstag sich Aufschriebe zu machen hat für die Diskussion und die Berichterstattung. Das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit dazu soll aber den Abgeordneten im Parlamente nicht zustehen? Ich führe dieses Beispiel an, um zu zeigen, daß der Kritiker die Wirkung seiner eigenen Darlegungen sehr beeinträchtigt durch derartige Kleinlichkeiten

und Verständnislosigkeiten. Ein Blaustift, der mit den gar zu vielen Zitaten auch alle solchen Schrullen vor der Drucklegung ausgemerzt hätte, hätte dem Verfasser einen großen Dienst erwiesen und die Anfechtbarkeit des Buches sehr vermindert.

Trotz dieser zu offenkundigen Mängel, die vielleicht manchen abhalten werden, über die ersten Seiten hinaus zu lesen, möchte ich dieses Buch über schweizerische Politik dennoch begrüßen. Unsere schweizerische Landespolitik steht gerade jetzt nicht in einem Zeitpunkt aktivster Regeneration. Die politische Bücherproduktion ist recht dürftig. Die bürgerlichen Parteien huldigen einem grundsatzlosen Opportunismus, der etwas Schleichendes an sich hat und einer frischen, verantwortungsfreudigen Stellungnahme möglichst ausweicht. Kritik am Bestehenden ist verpönt. «Sie könnte schaden!» Da wirkt es erfrischend und wohltuend neu an diesem Buche, daß sein Verfasser über derartige schwächliche Konventionen hinaus ist, daß er auch gegenüber dem bestehenden Regime kein Blatt vor den Mund nimmt, sondern im Gegenteil schonungslos vom Leder zieht. Darin liegt die Bedeutung dieses Buches, daß es ein zuverlässig bürgerlich Gesinnter ist, der seiner Zeit und seinen Parteien diesen Spiegel entgegenhält. Ohne die Sozialdemokratie von dieser Kritik auszunehmen, hat der Verfasser doch den aner kennenswerten Mut aufgebracht, nicht alle Trivialitäten der antisozialistischen Parteidemagogie nachzuplappern, sondern vielmehr der sozialdemokratischen Kritik in mancher Beziehung ausdrücklich recht zu geben. So verdiente gerade im jetzigen Zeitpunkt Beachtung, was er über die 48-Stundenwoche sagt, die er als die unvermeidliche Kompensation der hochintensiven Arbeitsweise im modernen Industriebetrieb betrachtet. Ueber die Erhöhung der zollstatistischen Gebühren, diese wunderbare Erfindung Musyscher Finanzkunst, äußert er sich (Seite 243) wie folgt:

«Wieder muß durch ein Hintertürchen möglich gemacht werden, was der Bundesrat nicht auf dem geraden Wege zustande zu bringen sich zutraut. Eine zollstatistische Gebühr soll nach ihrem Wesen, Zweck und Namen zur Deckung der Erhebungskosten dienen. Sie so hoch zu bemessen, daß daraus eine große nationale Aufgabe finanziert werden kann, ist ein Mißbrauch. Die Lösung ist aber auch darnach! Wieder wird keine einzige der wesentlichen Fragen der Getreideversorgung großzügig gelöst sein.»

Beachtung verdient die weitere Kritik des Autors an der derzeitigen schweizerischen Finanzpolitik, deren ganze Weisheit darin besteht, die Staatsschuld auf die nächste Generation abzuwälzen und den Kapitalisten inzwischen hohe Schuldzinsen und Konvertierungsprofite zuzuhalten, statt sie die Schulden bezahlen zu lassen. Zu diesen Unzulänglichkeiten bemerkt der Verfasser mit Recht (Seite 261/262):

«Solange es galt, die Vermögensabgabe zu bekämpfen, wurde freilich erklärt, daß eine Steuer von solchem Umfang zahlungstechnisch unmöglich

oder wenigstens nationalökonomisch schädlich sei. Sobald es aber als gut vaterländisch erscheinen wird, das Gegenteil darzutun, werden die gleichen Kreise zu beweisen in der Lage sein, daß einem Lande, dessen Bevölkerung 20 Milliarden Schuldtitel auf öffentliche Korporationen, Auslandsanlagen, Bank- und Sparkassenguthaben besitzt, ohne Erschütterung des Geldmarktes leicht möglich ist, 2½ Milliarden Schulden abzuführen. Das ist fast ganz Sache der Verrechnung. Der Vorteil von 5 Milliarden Schulden besteht gerade darin, daß man nur die eigenen Schuldtitel in Zahlung zu nehmen braucht, um ohne Schädigung der Volkswirtschaft eine solche Operation durchführen zu können! Unser ausgebautes Bankwesen wird überdies in der Lage sein, allen denen, die nicht 5 % ihres Reinvermögens in verwendbaren Werten bereit haben, mit Kreditfazilitäten beizuspringen. Es gibt da nichts von Konfiskation zu reden. Wer Konfiskation studieren will, der gehe nach England und Nordamerika, wo unter jährlichen Einkommenssteuern von 30—50 und mehr Prozent gewaltige Kriegsschulden verzinnt und amortisiert werden. Oder man gehe nach Frankreich und Deutschland, wo unter ähnlich drakonischen Maßnahmen eine Erfüllung wenigstens der internationalen Verpflichtungen versucht wird. Wer von einer gnädigen Bewahrung unseres Landes vom Weltkriege redet und dabei sich weigert, auch nur 5 % seines Reinvermögens zur Wiederherstellung der Vorkriegs-Finanzsituation des Bundes hinzulegen, kann nicht ernst genommen werden.»

Dabei schreckt der Verfasser durchaus nicht davor zurück, die diesbezüglichen Verantwortlichkeiten festzustellen. Zu der noch im Jahre 1925 erfolgten Proklamation unserer herrschenden Freisinnspartei: «Vor allem werden wir für die Gesundung der Bundesfinanzen zu sorgen haben», meint Karl Horber mit Recht (Seite 269):

«Man fragt sich unwillkürlich, wer denn bis dahin besser in der Lage gewesen wäre, die Bundesfinanzen zu sanieren, als gerade jene Partei, deren verdiente Angehörige fünf von sieben Bundesratsesseln inne haben. Vollends tragisch wirkt der Umstand, daß es gerade die zwei konservativen Bundesräte waren, welche sukzessive eine so destruktive Finanzpolitik im verantwortlichen Kollegium machten.»

Die sehr bemerkenswerte Unvoreingenommenheit des Verfassers gegenüber der Arbeiterbewegung und Ereignissen wie etwa dem Landesstreik sticht wohlthuend ab von dem hetzerischen Geschreibsel der freisinnigen und konservativen Parteisekretäre und demjenigen der Agenten des Mittelpressebureaus. Horber beruft sich darauf, was der Industrielle J. Grauer-Frey am 30. November 1918 schrieb (Seite 278/279):

«Wahrlich, dem aufmerksamen Beobachter waren die Streikereignisse keine Ueberraschung; sie erschienen ihm vielmehr als reife Frucht einer endlosen Reihe von Irrungen und verfehlten Maßnahmen unserer Behörden. Nicht der Fanatismus einer Anzahl utopistischer Schreier hat die gefährliche, unbehagliche Stimmung in der Streikbewegung geschaffen, sondern eine durch alle Schichten unserer Bevölkerung gehende hochgradige, begründete Unzufriedenheit über die Art der Führung unserer Staatsgeschäfte und die daraus entstandene mißliche wirtschaftliche Lage. Diese allgemeine Unzufriedenheit war es, die der Bewegung einen gewissen Rückhalt und den Mut zum Handeln verlieh.»

Dem fügt *Karl Horber* die Worte hinzu (Seite 279):

«Wenn man heute den Aufruf des Oltener Aktionskomitees in aller Ruhe nachliest, so steht im Grunde nicht viel Schärferes darin, als was jeder aufrechte Bürger so und so oft auch gedacht hat. Denn das Stärkste darin ist, daß unsere Regierung unfähig sei, «der Zeit und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden».

Noch am 4. Juli 1918 und nochmals am 20. des gleichen Monats hatte die herrschende Partei im Ständerat den Proporz zu Fall gebracht (Sten. Bull. Ständerat 1918, S. 74/75). Es gibt Leute, welche nur auf Gewalt reagieren. Die schweizerischen Arbeiterführer sind nicht dafür verantwortlich, daß diese Mentalität bei der Mehrheit unseres Parlaments die Führung hatte.»

Unter bemerkenswerten Einzelheiten, die wir aus diesem Buche zum erstenmal erfahren, sei hier noch die Mitteilung Horbers über die Wahl des Generals im August 1914 erwähnt, wonach der Bundesrat sich schon für die Wahl von Sprechers zum General ausgesprochen gehabt hätte und die Eidesleistung von Sprechers nahe bevorstand, worauf es Oberstkorpskommandant Ulrich Wille nicht erspart geblieben sei, «sich selber für die richtige Wahl einzusetzen und den Schein des Strebertums auf sich zu nehmen. Er ging zu Oberstkorpskommandant von Sprecher und legte ihm dar, daß sein ganzes Leben die Vorbereitung auf diese Aufgabe gewesen sei». Von Sprecher sei darauf zu Bundesrat Hoffmann gegangen, und dieser habe im Bundesrat und in den Fraktionen den Meinungsumschwung und die Wahl Willes durchgesetzt. Ob diese Darstellung den Tatsachen entspricht, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls war Ulrich Wille ein derartiges Verhalten sicher zuzutrauen.

Die Gegenüberstellung obiger Zitate mit den in der Einleitung dieser Besprechung erwähnten Mängeln des Buches lassen erkennen, daß die einzelnen Bestandteile des Buches sehr *ungleichwertig* ausgefallen sind. Jedenfalls muß anerkannt werden, daß die letzten Abschnitte bedeutend besser sind als die ersten, weil sie sich von Kleinlichkeiten und Uebertreibungen, desgleichen von allen eigenwilligen und krausen Schnörkeleien fernhalten. Das kann leider von den ersten Teilen des Buches nicht gesagt werden.

Der Verfasser hat sich bemüht, einige Wegleitungen zur Beseitigung (anerkannter oder bestrittener) öffentlicher Mißstände zu geben. Seine Vorschläge entbehren der Originalität nicht. Aber so dunkel andeutungsvoll etwa die Kritik, so unklar oder abwegig häufig die Vorschläge zur Besserung. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das unbestreitbare Verdienst des Verfassers darin besteht, gewisse Probleme unseres öffentlichen und politischen wie auch des wirtschaftlichen Lebens mit einer sehr erfreulichen Unerschrockenheit zur Diskussion gestellt und gewisse Mißstände auch von einem bürgerlichen Standpunkte aus unverhohlen zugegeben zu haben. Man möchte

sich trotz der Aussetzungen, die wir an dem Buche zu machen haben, etwas mehr von diesem Geiste in der schweizerischen politischen Publizistik wünschen.

Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen.

Ein Beitrag zur Frage Partei und Genossenschaften.

Von Friedrich Schneider.

Der überaus heftige Wahlkampf, der kürzlich im Allgemeinen Consumverein beider Basel (A. C. V.) tobte, hat neben Verstimmungen auch die brennende Frage zurückgelassen: *Wie gestaltet sich in Zukunft das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Genossenschaften?* Daß sie nicht allein für Basel aktuell ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die schweizerische Partei seit Jahren einen Genossenschaftstag plant, der die wichtigsten Probleme abklären soll. Das Parteiprogramm sieht die Förderung des Genossenschaftswesens vor, ohne näher zu umschreiben, wie das geschehen soll und was als Gegenleistung erwartet wird. In Ermangelung einer zentralen Marschroute hat die baselstädtische Partei in einem ausführlichen Manifest an die Mitglieder des A. C. V. ihr Verhältnis zur Genossenschaftsbewegung und zu den wichtigsten Punkten der praktischen Genossenschaftspolitik dargelegt.

Die darin vertretene Auffassung wurde von den Bürgerlichen scharf *bekämpft*; sie sei ein Verstoß gegen die Neutralität und der Versuch, den A. C. V. unter die Botmäßigkeit der Partei zu bringen. Ihnen sekundierten einige wenige Genossen, die in den Verwaltungen des A. C. V. und des V. S. K. tätig sind. Die Kommunisten wollten entdeckt haben, daß die sozialdemokratische Programmklärung im Widerspruch zur bisherigen Politik stehe. Weder die Vorwürfe der einen noch die der andern sind berechtigt. Dem Manifest, an dem sie selbst mitarbeiteten, stimmten, mit Ausnahme der erwähnten Genossen, die prominentesten Genossenschaftler der baselstädtischen Partei zu. Es wurde von der neugewählten sozialdemokratischen Fraktion (der auch zehn Baselbieter Genossen angehören) zu ihrem praktischen *Arbeitsprogramm* für die nächsten Jahre erhoben. Die beispiellose bürgerliche Hetze, der die Verbandspresse willig zur Verfügung stand und die durch die Zeitungen der Bourgeoisie wirkungsvoll ergänzt wurde, hat ein *schiefes Bild* von der Auffassung unserer Partei entstehen lassen. Genossen des In- und Auslandes sind irreführt worden und haben mündlich oder in Artikeln ihrem Unmut Ausdruck verliehen. Wenn sie den wirklichen Sachverhalt kennen würden,